



Biwöchlicher Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Postz. 2 Thlr. 16 Sgr. — Inschriftengebühr für den Raum einer leichtheiligen Zeile in Beiträgen 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 312 Mittag-Ausgabe.

Bierundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 8. Juli 1873.

Deutschland.

Berlin, 7. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat den nachbenannten Beamten der kaiserlich deutschen Botschaft in St. Petersburg verliehen, und zwar: das Kreuz der Ritter des königlichen Hauses Hohenlohe; dem Botschafts-Rath und Kammerherrn von Alvensleben; den rothen Adlerorden 4. Klasse; dem Legations-Sekretär Grafen von Berchem und dem Hofrat und Legations-Canzlisten Schröder; den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Legations-Rath und Conjur Dr. Busch und dem Hofrat Kelchner; sowie den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Legations-Sekretär von Tümpeling und dem Dolmetscher Bertoltki.

Se. Majestät der Kaiser hat den Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath a. D. Dr. Alexander Julius Elwanger zum Vorsitzenden der Verwaltung des Reichskindervolksfonds ernannt.

In der Kaiserlichen Verwaltung der Zölle und indirecten Steuern von Elb-Bohringen sind ernannt:

zu Hauptmanns-Rendanten der Kaiserliche Hauptkonsolidat - Controleur Friederich Stepp in Schleißheim, der Königlich preußische Provinzial-Steuer-Sekretär Carl Friederich August Trotschke in Hagnau, der Königlich preußische Hauptmanns - Controleur Carl Friederich Hermann Rudolf Brien in Saarburg; zu Hauptmanns-Controleuren der Kaiserliche Steuereinnehmer August Welzer in Saargemünd, der Kaiserliche Steuereinspektor Eduard Clemens Ferdinand Schellenberg in Hagnau, der Kaiserliche Steuer-inspector Gustav Johann Carl Lodenhausen in Schleißheim, der Kaiserliche Steuereinnehmer Johann August Laubis in Schirmeck.

Se. Majestät der König hat den Regierung-Rath v. Meyer zum Geheimen Regierung- und vortragenden Rath im Staatsministerium ernannt; bei dem für den Regierungsbezirk Kassel einzurichtenden Consistorium den Regierung-Rath Heinrich Wilhelm Schmidt in Kassel zum Vorsitzenden mit dem Range eines Rethes dritter Klasse und dem Amts-Charakter als Präsident; den Consistorial-Rath Albrecht Schmidt in Berlin zum Mitgliede und Stellvertreter des Vorsitzenden mit dem Charakter als Ober-Consistorial-Rath und dem Rang eines Ober-Regierung-Rathes; den General-Superintendenten, Consistorial-Rath Dr. Martin in Kassel zum Mitgliede, sowie den Pfarrer Dr. Ebert dasselb., den Metropolitans und Pfarrer Carl Friederich Fuchs in Hanau, den Regierung-Rath Theodor Rohde aus Hofgeismar, jetzt in Berlin, und den Pfarrer Georg Heinrich Seebohm in Rinteln zu Consistorial-Rathen und Mitgliedern; ferner den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Johann Wilhelm Julius Henneberg zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Göttingen; und den Rector der höheren Lehrschule in Frankenstein, Dr. Benedict Joseph Wilhelm Weiß, zum Seminar-Director ernannt.

Dem Seminar-Director Dr. Weiß ist die Direction des intermissionistischen katholischen Schulchörer-Seminars zu Rosenberg in Oberschlesien übertragen worden.

Der bisherige Baumeister Carl Bormann zu Ruhrort ist zum königlichen Landbaumeister ernannt und ihm die technische Hilfsarbeiter-Stelle bei der königlichen Regierung zu Ansbach verliehen worden. Der bisherige Baumeister Ottmar Möller zu Solingen ist als königlicher Kreis-Baumeister derselbst angestellt worden.

[Akademie der Wissenschaften.] Die Königliche Akademie der Wissenschaften hält am dritten Juli ihre öffentliche Sitzung zum Auditen an Leibniz. Der vorsitzende Sekretär, Herr Curtius, hält die Gründungsrede, in welcher er über das Verdikt der Philosophie zur Geschichte sprach. Dann hielten die drei im Laufe des Jahres eingetretenen Akademiker, die Herren Zeller, Harms und Dürer die Amtsrücksichten, welche von Herrn Hau erwidert wurden. Es folgte der Bericht über die Boppstiftung, aus deren Fonds die Akademie 450 Thlr. an Herrn Dr. Cappeller in Jena zur Unterstützung seiner Arbeiten im Fach der Sanströmphysiologie bewilligt hat. Zum Schlusse berichteten die Klassesekretäre Haupt und du Bois-Reymond über die akademischen Preisfragen. Die philologisch-historische Klasse hatte 1870 die Untersuchung über die Quellen der Origines des Isidorus als Aufgabe gestellt. Es ist rechtzeitig eine umfangliche Arbeit eingegangen, welche zwar wegen mangelnder Vollendung nicht gebührt werden konnte, doch ist dem Verfasser zur Anerkennung seines gelehrten und methodischen Fleisches der Preis zuerkannt worden. Die mathematisch physikalische Klasse hat für 1876 die Aufgabe gestellt, die Beschränktheit des gehärteten und des ungehärteten Stahls und die Ursachen dieser Beschränktheit zu untersuchen.

Berlin, 7. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und Könige] sind, wie bereits mitgetheilt, am Freitag Vormittags mit dem Allerhöchsten Gefolge in Ems eingetroffen. Bei der Ankunft waren auf dem Bahnhofe dasselb., außer Ihren Majestäten der Kaiserin-Augusta und dem Kaiser von Russland, noch anwesend: Se. kgl. hoh. der Großherzog von Sachsen-Weimar, Ihre kgl. Hoheiten die Prinzen Georg und Alexander, Se. Kaiserl. Hoheit der Herzog von Leuchtenberg, der commandirende General des VIII. Armee-Corps von Göben, der Ober-Präsident von Bardeleben, der Militärbevollmächtigte des Deutschen Reiches in St. Petersburg General à la suite von Werder u. A. Nach der Begrüßung begaben sich Se. Majestät mit dem Kaiser Alexander von Russland im offenen Wagen nach der Wohnung des Präsidenten in den vier Thürmen, woselbst beide Majestäten längere Zeit verweilten. Später gab der Kaiser Alexander dem Deutschen Kaiser nach dem Kurhause, woselbst Se. Majestät Wohnung genommen haben, das Geleit. Um 2 Uhr fand dasselb. das Diner statt.

[Ihre kgl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Albrecht] sind am 3. d. M. Nachmittags nebst Gefolge von Camenz in Landeck eingetroffen und von der Bevölkerung feierlich empfangen worden. Ihre königlichen Hoheiten begaben sich bald darauf nach Schloss Seitenberg, um derselb. einen 10tägigen Aufenthalt zu nehmen.

(Reichs-Anz.)

© Berlin, 7. Juli. [Die Reichsmünzen. — Vom Hof- und Uraubsservice.] Die Ausschüsse des Bundesrats für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen haben zum Vollzug des Reichsmünzgesetzes eine Reihe von Anträgen gestellt, von denen ich die wichtigsten hervorheben will. Der Durchmesser der Reichsgoldmünzen zu 5 Mark soll 17 Millimeter betragen. Die selben sind im Ringe mit ganz glattem Rande zu prägen. Innerhalb des aus einem flachen Stückchen mit Perlenkreis bestehenden erhabenen Randes tragen sie auf der Reversseite über dem Reichsadler die Umschrift: „Deutsches Reich“ nebst der Jahreszahl und unter dem Reichsadler die Umschrift: „5 Mark.“ Die silbernen 5-Markstücke sind im Ringe mit einem glatten Rande zu prägen, welcher die vertiefte Inschrift „Gott mit Uns“ nebst einer zwischen je zwei Worten der Inschrift stehenden vertieften Arabeske führt. Derselben tragen innerhalb des aus einem flachen Stückchen mit Perlenkreis bestehenden erhabenen Randes auf der Reversseite über dem Reichsadler die Umschrift „Deutsches Reich“ nebst der Jahreszahl und unter dem Reichsadler die Umschrift „Fünf Mark“. Die 2- und 1-Markstücke, sowie die 50- und 20-Pfennigstücke sind im gerippten Ringe zu prägen und erhalten gleich den Reichsgoldmünzen und silbernen 5-Markstücken auf Avers- und Reversseite einen erhabenen, aus einem flachen Stückchen mit Perlenkreis bestehenden Rand. Innerhalb desselben tragen die 2-Markstücke auf der Reversseite über dem Reichsadler die Umschrift „Deutsches Reich“ nebst der Jahreszahl und unter dem Reichsadler die Umschrift „Zwei Mark“. Die 1-Markstücke tragen auf der Reversseite die Inschrift „Deutsches Reich“, „1 Mark“ und auf der Reversseite die Inschrift „Deutsches Reich“, „1 Mark“ und die Jahreszahl und als Verzierungen einen Kranz. Die 50- und 20-Pfennigstücke tragen auf der Reversseite oben die Umschrift „Deutsches

Reich“ nebst der Jahreszahl, in der Mitte in arabischen Ziffern die Zahl „50“ bzw. „20“ und unten die Umschrift „Pfennig“. — Außer den Reichsgoldmünzen zu 20 und 10 Mark sollen vorerst hauptsächlich 1-Markstücke, 20-Pfennigstücke, 10-Pfennigstücke, 2-Pfennigstücke und 1-Pfennigstücke geprägt werden. Außerdem beantragen die Ausschüsse vom Beginn des nächsten Jahres ab das Gepräge der Revers, Seite der 20- und 10-Markstücke mit jenen der goldenen 5-Markstücke, selbstverständlich unter entsprechender Abänderung der Wertbezeichnung, in Übereinstimmung gebracht, und daß an die Bundesregierungen das Ersuchen gerichtet werde: die Annahme der österreichischen 1- und 2-Guldenstücke, sowie der niederländischen 1- und 2½ Guldenstücke bei den Staats- und sonstigen öffentlichen Kassen sofort zu verbieten und sich darüber zu äußern, ob einem allgemeinen Verbot dieser Münzen entgegensteht und ob und in wie weit der Bedarf besteht, ausländische Münzen bei Reichs- oder Landeskassen zu einem festen Course anzunehmen und welcher Cours für die etwa zu bezeichnenden Münzen festzusetzen sein würde. — Zur Zeit ist der Kronprinz, der einzige Vertreter des Königshauses in der Nähe der Restenz. Nächste Woche geht der selbe ins Seebad, inzwischen fehlt aber der Prinz Carl von Wiesbaden zurück, um auf längere Zeit hier das Königshaus zu repräsentiren. — Der Minister des Innern wird sich morgen nach der Provinz Hannover begeben und vermutlich mehrere der Landdrosteien in Begleitung des Oberpräsidenten bereiten, um die Verwaltungsvorhältnisse und die Bedürfnisse persönlich kennen zu lernen. — Der Ministerial-Director von Philippssborn hat sich vor einiger Zeit ins Seebad begeben. Nach seiner Rückkehr wird Herr von Balan einen Urlaub antreten und von ihm vertreten werden.

■ Berlin, 7. Juli. [Die orientalische Frage. — Verbesserung der Lage der Unteroffiziere.] Trügt nicht Alles und sind meine Privatnachrichten aus Wien den wahren Verhältnissen entsprechend, so ist jetzt endlich gelungen, was im September vorigen Jahres in Berlin war versucht, aber nicht vollständig erreicht werden konnte. Ich meine den Ausgleich zwischen Österreich und Russland in Bezug auf die orientalische Politik, wie ich dies schon gestern mir anzudenken erlaubte. Ich bemerkte nochmals ausdrücklich, daß sich diese meine Auseinandersetzung auf Privatnachrichten aus guter Quelle stützt, nicht aber aus Mitteilungen österreichischer Blätter entstammt. Vollständig scheint die Verständigung auch heut noch nicht zu sein, doch soll sich die Divergenz nur auf nebensächliche Punkte beziehen, auf welche aber Russland Weit legt. Sicher ist soviel, daß für den Fall, wo die orientalische Frage wieder einmal in Fuß kommen sollte, Russland und Österreich sich nicht gegenüber stehen, sondern Dank der vermittelnden Stellung Deutschlands zwischen beiden Mächten in der Hauptsache denselben Weg gehen werden und so lange als irgend möglich aber ohne den westmährischen Interessen zu nahe zu treten. Bereinbart ist nichts und wenn nicht anders unverhofft Ergebnisse zu rascherem Handeln zwingen sollten, wird vor dem Spätherbst, wo Fürst Gortschakoff wieder nach Petersburg zurückkehrt, das Befrorene nicht über das Stadium der Besprechung hinausgehen. Die sogenannte große orientalische Frage ist ein Konglomerat von einzelnen Angelegenheiten, die je nach Umständen jede für sich Anlaß zu Streitigkeiten geben, auch jede für sich geregelt werden aber auch zur allgemeinen Liquidation führen kann, darum ist es schwierig, vorweg eine jedes Einzelne wie Alles auf einmal umfassende Verständigung zu erzielen. In maßgebenden Kreisen rechnet man mehr als je auf die persönliche Freundschaft der drei Kaiser. — Im Etat der Verwaltung des Reichsheeres pro 1874 sind an Gehältern und Löhnen der Truppen für das preußische erste Garde-Regiment zu Fuß 173,327 Thlr. und für das preußische Garde-Cavallerie-Regiment der Gardes du Corps 91,275 Thlr. angezeigt, während die übrigen Garde-Infanterie-Regimenter Summen beziehen, welche um 27,000, 35,000 Thlr., ja um 52,000 Thlr. jährlich niedriger sind und auch bei den Cavallerie-Regimentern diese Sätze sich um 30—40,000 Thlr. verringern. Dieser Vorzugung der Eingangs erwähnten Regimenter entsprechend, ist jetzt in Ausführung des Reichsgesetzes wegen Verbesserung der Lage der Unteroffiziere des Herres bestimmt worden, daß erhalten sollen: die Feldwebel beim 1. Garderegiment zu Fuß 21 Thlr., bei allen übrigen Garde- und Linien-Infanterie-Regimenten und Jägerbataillonen 20 Thlr. monatlich; die Wachtmeister des Regiments Gardes du Corps 21 Thlr. 15 Sgr., diejenigen der übrigen Garde- und Linien-Cavallerie-Regimenten 20 Thlr. 15 Sgr. monatlich; in derselben Reihenfolge und Abstufung erhalten monatlich die Vice-Feldwebel 16 bzw. 15 Thlr., die Vice-Wachtmeister 16½ bzw. 15½ Thlr., die Sergeanten 13 bzw. 12 Thlr., die Sergeanten bei der Cavallerie 13½ bzw. 12½ Thlr., die Unteroffiziere bei der Infanterie 9½ bzw. 8½ Thlr., bei der Cavallerie 10 bzw. 9 Thlr., die Stabshauptbohnen 16 bzw. 15 Thlr., die Stabsstromper 16½ bzw. 15½ Thlr., die Bataillonstromper 9½ bzw. 8½ Thlr., die Hauptbohnen 7½, 6½ und 5½ Thlr., die Trompeter 7 bzw. 6 Thlr. monatlich. Bei den anderen Waffen erhalten alle Oberfeuerwerker 20½ Thlr., die Feuerwerker I. Klasse 12½ Thlr., II. Klasse 9 Thlr., die Feldwebel und Wachtmeister 20½ Thlr., die Vicefeldwebel und Vicewachtmeister 15½ Thlr., die Sergeanten 12½ Thlr. u. s. w. die Hornisten 5½ Thlr., alle Röhrzärtze 25 Thlr., und die Unter-Röhrzärtze 20 Thlr.

[Erklärung.] In Nummer 153 der „Neuen Preußischen Zeitung“ befindet sich eine der katholischen „Schlesischen Volks-Zeitung“ entnommene Erzählung über eine angeblich von mir mit dem Herrn Erzbischof von Köln gepflogene Unterredung, in welcher ich dem Letzteren Vorhabe über die Ausführung des neuen Kirchengesetzes gemacht haben soll. Mit Rücksicht hierauf sehe ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß eine solche Unterredung überhaupt gar nicht stattgefunden hat, und daß auch schriftlich dergestalt Vorschläge von mir nicht gemacht sind. Koblenz, den 5. Juli 1873. Der Ober-Präsident der Rheinprovinz, v. Bardeleben.

[Ernennungen.] Der „Deutschen Reichsrespondenz“ zufolge wäre die Ernennung des Geheimen Regierungsrath Jacobi zum ersten, des Geheimräths Zitelmann zum zweiten vortragenden Rath im Staatsministerium bereits erfolgt.

[Zur Wiener Ausstellung.] In letzterer Zeit haben einzelne Firmen aus Wien Circulars an die deutschen Aussteller versandt, wonit sie sich denselben als Vertreter anbieten und zwar in einer Form, welche der Annahme Raum läßt, als ob ihnen Bureaus in der deutschen Abtheilung der Ausstellung überwiesen worden seien. Dem-

gegenüber macht die deutsche Ausstellung-Commission darauf aufmerksam, daß sie nur der von der deutschen Central-Commission ins Leben gerufenen deutschen General-Agentur Geschäftsräume innerhalb des Ausstellungsbraumes überwiesen hat, und daß von letzterer zur Wahrnehmung ihrer Geschäfte ständige Beamte für sämmtliche Gruppen der Ausstellung bestellt worden sind.

Leipzig, 7. Juli. [Die Generalversammlung] des Vereins für Verbreitung der Volksbildung hat heute eine zweite Sitzung gehalten. Die in den beiden Sitzungen gefassten Beschlüsse empfehlen außer den bereits gemelbten Maßnahmen noch die Vermehrung der Wanderlehrer, und der freiwillig oder gegen Entgelt zu haltenden Vorträge zu Bildungs Zwecken, sowie die Errichtung von Volksbibliotheken auf dem Lande. Eine besondere Aufmerksamkeit soll der Erziehung verwaister Kinder zugewandt und für die Verbreitung von Leitsätzen der Geschichte, Land- und Hauswirthschaft und Gesetzeskunde Sorge getragen werden. Ein Antrag betreffend die Übernahme des Schulwesens durch das Reich wurde nach lebhafter Debatte an die Schulcommission verwiesen.

△ Leipzig, 6. Juli. [Dritte Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. III.] Durch eine Pause markierte zweite Theil der heutigen Versammlung beschäftigt sich mit einem Gegenstande, dem schon auf der vorjährigen Darmstädter Generalversammlung die lebhaftesten und eingehendsten Diskussionen gewidmet waren. Neben die Frage der obligatorischen Fortbildungsschule lagen damals Anträge vor vom Professor Dr. F. B. Meyer zu Bonn, dem Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Bezirkverbandes und vom Lehrer Oscar Pache zu Zittau (Mitglied des Centralausschusses); die Versammlung führte damals zur fast einstimmigen Annahme eines Antrages von Schulz-Delitzsch, wodurch die Mitglieder und Zweigvereine aufgesfordert wurden, in sämmtlichen deutschen Staaten für die Gründung von Fortbildungsschulen und Herbeschaffung des obligatorischen Besuchs derselben zu wirken. Da dieser Beschluß nicht unberücksichtigt geblieben ist und was an einzelnen Orten von Mitgliedern der Gesellschaft in der Richtung derselben geleistet wurde, ist in dem gedruckten Jahresberichte ausführlich dargestellt. Entsprechend einer vom Vorstande der Gesellschaft an den preußischen Cultusminister gerichteten Petition ist in den Staatshaushaltsetat für 1874 eine größere Summe für die Unterstützung obligatorischer gewerblicher Fortbildungsschulen ausgeworfen. Unter Hinweis auf diese Thatache und auf eine Zusage des Ministers Fal für das Budget von 1874 wollte nur ein Antrag des Dr. Franz Leidig nochmals alle persönlichen und föderalistischen Mitglieder in Preußen auffordern, in ihren Orten ungesäumt mit der Einrichtung solcher Schulen vorzugehen. Die Diskussion über diesen Antrag wurde, verbunden mit der Discussion über einen weiter gehenden Antrag des Lehrer Ludwig Weyl im Frankfurter Oder (Secretary des Märkisch-Lausitzer Bezirkverbandes), welcher „ein die mögliche Einheit des gesammten deutschen Schulwesens bezeichnendes Gesetz“ für dringend geboten erklärt und die Aufnahme der obligatorischen Fortbildungsschule in den Plan eines solchen Reichsschulgesetzes, sowie „in das in Aussicht stehende Preußische Unterrichtsgesetz“ fordert. In einer recht lebendigen Debatte gingen die Meinungen über den das Reichsschulgesetz betreffenden Theil des Antrages Weyl weit auseinander. Während der frühere Reichstag abgefabrikant Seyfferth-Grefeld entschieden dafür einzutreten und der Reichstagabg. Prof. Biedermann wenigstens für Anordnung der obligatorischen Fortbildungsschule durch Reichsgesetz sich aussprach, waren Professor Dr. Lehme-Frankfurt a. O. (Vorsitzender des Märkisch-Lausitzer Verbandes), Lehrer Pache-Zittau und Lehrer Linck-Sielittin gegen ein Reichsschulgesetz, welches den vielfach hervortretenden Bedenken der kleineren deutschen Staaten in Hebung der Schulen läumen werde. Die von Dr. Hirth in seinem Vortrage entwickelten Centralisationsvorstellungen, nach denen das deutsche Reich sogar die Schullehrer allein und ausschließlich tragen soll, wurden hier mehrfach, namentlich auch von Professor Biedermann angegriffen. Schließlich gelangte ein Antrag von Kalle-Bieberich zur Annahme, wonach die betreffenden Wettbewerbe dem Centralausschuß und dessen Commission für Fortbildungsschulen zur Beurtheilung für die nächste Generalversammlung überwiesen wurden. Große Heiterkeit erregte, wie ich als Curiosum citiren will, die Beteiligung des Herrn Knauer-Gebbers an der Debatte; dieser etwas confusa Musterbauer, weil über die Grenzen des Saalkreises hinaus bekannt durch seine Reden auf den Congressen der Kathedersocialisten, der ländlichen Arbeitgeber, der inneren Mission und des landwirtschaftlichen Interessenverteiler, bestand mit einer unerschütterlichen Beharrlichkeit auf der Behauptung, der Satz: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ — aus den deutschen Grundrechten von 1849 als Artikel 20 in die Preußische Verfassung aufgenommen, — bedeutet nichts weiter, als: „Es darf kein Schulgeld bezahlt werden!“ — Der Antrag Weyls, betreffend die Aufnahme der obligatorischen Fortbildungsschule in das Preußische Unterrichtsgesetz wurde fast einstimmig angenommen. Der Antrag Leidigs endlich gelangte mit geringer Mehrheit zur Annahme in einer von Gerhold-Leipzig veränderten Gestalt, wonach die Mitglieder der Gesellschaft aufgefordert werden, dafür einzutreten, daß in allen deutschen Staaten, wie in Preußen, zur Unterstützung obligatorischer Fortbildungsschulen Staatsmittel flüssig gemacht werden. Am Schlus der Sitzung wurde der Versammlung die Mittheilung gemacht, daß ein Mitglied, welches bereits im vorjährigen Jahre dem Centralausschuß 500 Thaler neben seinem Beitrag übergeben hat, demselben heute zur Auswendung eines zweiten Wanderlehrers die erforderlichen Mittel (2000 Thlr.?) zur Verfügung gestellt hat. Man vermutete, daß der ungenannte Volksbildungsförderer Seyfferth-Grefeld sei. Möchten doch ein paar Dutzend Millionäre oder Halbmillionäre diesen Beispiel folgen! Eine Schaar tüchtiger Wanderlehrer würde die sozial-demokratischen Freiheiten wirklich bekämpfen, als alle Reichsstrafgesetze.

Aus dem Großherzogthum Hessen, 4. Juli. [Die Thätigkeit der Ultramontane.] Begeißelt der weiteren Ausführung des Jesuitengesetzes sind zwar noch nicht formelle Anordnungen seitens der Regierung ergangen, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Tage einiger klösterlichen Niederlassungen und Genossenschaften gezählt sind. Die Schulbrüder und Schulschwestern, von denen namentlich leichtere oft in der eigentümlichsten Weise in den Schuldienst katholischer Gemeinden eingeschrieben wurden, werden ihre Stellungen aufgeben müssen. Es sind deshalb bei der gegenwärtig in Ausführung begriffenen Neuregulirung und Erhöhung der Lehrergehälter alle durch geistliche Ordensangehörige besetzten Stellen außer Betracht geblieben. Man

würde sich übrigens täuschen mit der Annahme, daß hiermit im Lande auch die Lehrbüchigkeit der geistlichen Orden zum Abschluß käme; es sind vielmehr, wie überall, so auch bei uns längst Vorkehrungen getroffen worden von den geistlichen Oberen, um diese Pfarrstätten des ultramontanen Geistes im deutschen Reich unter anderen Firmen fort zu erhalten. Auch in der Bestyrage ziehen unsere Ultramontanen bereits ihre Künste sowohl hinsichtlich der Schul- wie der Kirchenfonds. Den Altkatoliken zu Offenbach, welche als Mitglieder der römisch-katholischen Gemeinde zu den Kosten der erst in neuerer Zeit von dieser Gemeinde erbauten und ausgestatteten Ortskirche beigetragen haben, und denen deshalb wohl auch unzweifelhaft ein Anspruch auf die Nutzenutzung dieser Kirche zusteht, so lange ihr Ausschluß aus der bestehenden Corporation nicht rechtmäßig erfolgt ist, wird diese Nutzenutzung von dem neuromanischen Pfarrer verwehrt. Die Angelegenheit ist durch die Interpellation des Abgeordneten Greim in der zweiten Ständeräimmer angeregt.

(R. 3.)

Strasburg, 7. Juli. [General v. Manteuffel] hat gestern Abend bei seiner Rückreise von Belfort nach Nancy die Stadt passiert.

— Von Köln ist der größte Theil der dort abgesetzten französischen Kriegsentschädigung hier eingetroffen.

Metz, 30. Juni. [Die Bibliothek der Militärschule.] Es scheint, daß die Franzosen erst durch ein deutsches Fachblatt, das „Militär-Wochenblatt“, auf den großen Verlust aufmerksam gemacht wurden, den sie durch die Überlassung der Bibliothek der hiesigen Militärschule an die Sieger erlitten haben. Freilich sagt die „Liberté“, daß der größte Theil dieser Bücher, die man den deutschen Offizieren so verehrt und so gefällig überlassen habe, während sie doch so leicht zu reißen gewesen wären, — „Dank der noblen Gewohnheit französischer Pedanterie niemals gelesen wurde“, so daß erst der deutsche Archivar auf die Schäden aufmerksam machen mußte, die jetzt für Frankreich verloren sind. Den wertvollsten Theil der 18,000 Bände umfassenden Sammlung bilden wohl die Manuskripte (s. B. von Bauban), deren Verlust denn auch von der „Liberté“ am meisten beklagt wird.

Aber auch viele andere gebundne Werke, die wegen ihrer Seltenheit oder wegen ihrer kostspieligkeit so leicht nicht zu ersezten sind, befanden sich in jener Bibliothek. Wir nennen hier nur einige derselben: Laplace, Mécanique céleste; Lalande's Astronomie; die Werke Cuviers und Buffons; Salignac, die Belagerung von Metz im Jahre 1552; Bauban, die Belagerung von Alten (1697) und die Belagerung von Namur (2 Manuskripte); die Werke Montalemberts und Carmonaignes; die Werke von Puffendorf, Grotius, Fontanelle, Helvetius. Die Geschichte von Metz, von Benediktiner-Bütern verfaßt; die Beschreibung Egyptens in 10 Bänden mit 10 Atlanten; Piranesis römische Alterthümer in 18 Folio-Bänden; die 176 Bände des „Monteur“ u. s. w. Auch eine Anzahl von Festungsmodellen wurde in den Bibliothekssälen aufbewahrt und wird nun mit den Büchern nach Berlin wandern. Was die deutsche Geschichte anbelangt, so ist dieselbe nur durch eine wertlose Übersetzung der Werke Pfeffers und Menzel's vertreten. Mit Recht ist die „Liberté“ von ihrem Standpunkt enttäuscht darüber, daß auch nicht ein einziger der zahllosen Offiziere in Metz daran gedacht hat, das Wichtigste und Wertvollste aus jener reichen Sammlung in ein gewiß mit leichter Mühe zu beschaffendes Werkstück zu bringen, und das Blatt schließt den heit. Artikel mit den Worten: „Fahnen und Manuskripte bilden das würdige Gefolge jener fatalen Capitulation.“

(Bonn. 3.)

Schweiz.

Zürich, 29. Juni. [Der erste altkatholische Gottesdienst.] Heute hielt die hiesige katholische Gemeinde, die sich am 8. Juni mit $\frac{1}{2}$ ihrer Stimmberchtigten gegen das Dogma von der päpstlichen Unschärbarkeit erklärt hat, ihren ersten altkatholischen Gottesdienst ab. Der „Bund“ berichtet hierüber:

Hätte unsere katholische Kirchenpflege (der Kirchenvorstand) nach dem 8. Juni lange gezögert mit der Verkündung eines Geistlichen, so wären wir auf dem alten Fleck geblieben, jetzt aber sind die Altkatoliken ausschließlich im Besitz der Kirche. Als die beiden Geistlichen sahen, daß Dr. Michelis Gottesdienst zu halten entschlossen sei, suchten sie ihn gestern in seinem Zimmer auf und machten ihm, als ob er unbefugt eindringe, Vorstellungen, die er aber mit dem Bemerkung zurückwies, daß er sie nicht mehr als rechtmäßige Seelsorger einer katholischen Pfarrei ansehen könne. Sie übergaben darauf dem Dr. Michelis einen Protest, den sie auch bei der katholischen Kirchenpflege und dem Statthalteramt einlegten. Man befürchtete anfangs, es könnte Unruhen und Unordnungen absehn. Doch legte heute Pfarrer Reinhard in einer kurzen und würdigen Ansprache seine Lage dar, ermahnte die Anwesenden, sofort nach dem Gottesdienst sich ruhig zu entfernen, daß mit der Friede nicht gestört werde. Er erklärte, daß er nach Befehl des Bischofs in der entwöhnten Kirche nicht mehr Gottesdienst halten dürfe, daß nach der Messe den Tabernakel räumen und das heilige Licht ausschalten müsse. Das geschah denn auch und die anwesenden Kinder und Frauen brachen hierbei in Thränen aus und erhoben ein lautes Geschluchte.

Hierauf begann um 10 Uhr der Gottesdienst der Altkatoliken. Michelis nahm den Anlaß, das Fest Peter und Paul gefeiert wird, wahr, um gerade seinen Standpunkt klar zu machen; er erläuterte zu diesem Bechu die Worte: „Du bist Petrus und auf diesem Felde will ich meine Kirche bauen“, und hielt damit die andere Anrede zusammen, die Christus an Petrus richtete: „Weiche vor mir, Satan!“ (Matth. 16, 23.) Nur die Altkatoliken wußten diesen beiden Gedenken gerecht zu werden. Der Gottesdienst, der auch von Frauen zahlreich besucht war, verließ in würdigster Weise. Michelis bleibt nun vor der Hand hier und hält regelmäßig Gottesdienst.

Italien.

Rom, 3. Juli. [Die Geistlichkeit von Alessandria. — Städtische Wahlen. — Die Intervention in der Klosterfrage. — Zur Cabinetsfrage.] Die Geistlichkeit von Alessandria ist zu Kreuze gekrochen und hat in einem Schreiben an den h. Vater demuthige Abbitte für ihre Verhüllung an den letzten Ehren Rattazzi's gethan. Die clericalen Blätter Roms vermelden diese Thatsache mit mehr Triumph als Genugthuung, und hüten sich bezeichnender Weise wohl, den Wortlaut des reizigen Schreibbriefes zu veröffentlichen. Es ist auch im Grunde ganz gleichgültig, die Entschuldigungen zu hören, mit welchen die Chrismatik den Wechsel ihrer Ansichten verbrämen. „Der Dienst muß“, und seit dem Concilium Vaticanum sind wir an noch ganz andere Dinge gewohnt. Der Bischof von Alessandria scheint indessen etwas mehr auf seine Mannedürfe zu halten. Wenigstens hat er den Fußfall seiner Geistlichen nicht mitgemacht. Der Papst befindet sich in Folge der warmen Witterung äußerst wohl. Er hat sich der Kälte und des Stockes entledigt und mußt sich sogar größere körperliche Anstrengungen zu, als seinen medizinischen Beratern lieb ist. So lange die Hitze anhält, kann's gut gehen. Ziemlich desperater Natur sind die Aussichten der städtischen Wahlen, die in drei Tagen stattfinden sollen. Es sind 4 neue Mitglieder des Provinzialrates u. 15 Stadträthe zu wählen. Die städtische Verwaltung in Rom hat sich bis jetzt sehr schlecht bewährt. Die Bedürfnisse sind zu groß, die Einnahmequellen zu klein, und dieser Umstand ist, wie im Königreich auch, die Ursache beständiger Schwankungen und Krisen. Nothwendiges wird versäumt, Begonnenes und Halbfertiges wieder abgebrochen und zum Überflusse nicht sich auch die Politik überall da hinsetzen, wo sie nicht hingehört. Nun ist der bei dem schlaffen und ungelenken Wesen des eingeborenen Römers und ihrer Unfähigkeit zum Selbstgovernment nahe liegenden Gedanke aufgetaucht, einige der bestverdienten Neubürger in den Stadtrath zu wählen. Dagegen aber empört sich der römische Dinkel, welcher mit der echt römischen Unwissenheit ungefähr auf gleicher Höhe

sieht. Da zudem der radikale Cairoli neben Correnti, dem Senator Finali und dem Finanzmann Seismi-Doda auf die Liste gesetzt ist, so sind die gemäßigten Wähler losgeschlagen geworden. Man hat es zu leidner einheitlichen Leistung der Wahlbewegung, wohl aber zu einer Unzahl von Comites und Listen gebracht. Über den Ausfall wird also der blonde Zufall entscheiden.

Die „Pereveranza“ erhält von einem Wiener Correspondenten genauere Nachrichten über die Schritte, welche die österreichisch-ungarische und die französische Regierung in der Klosterfrage gethan. Es wird darin noch einmal festgestellt, daß beide Cabinets mit vollkommen er Selbstständigkeit und ohne irgend welches Einvernehmen gehandelt haben. Zweitens, daß die Bemerkungen durchaus vertraulicher oder höchstens halb-officeller Natur gewesen. Das Versailler Cabinet habe zuvor derer bemerken lassen, „daß es nicht die Absicht habe, sich in die inneren Angelegenheiten der Halbinsel einzumischen, da aber der zweite Artikel des vom Parlament angenommenen Gesetzes geringere Garantien biete als in der vom Ministerium gewünschten Fassung, so werde das letztere es für vernünftig finden, daß die französische Regierung in der Folge größere Nachsamkeit in dem Schutz derselben Institutionen zeige, an denen sie unmittelbares Interesse nehme, wenn einmal in der Zukunft sich das als nötig herausstellen werde.“ Der österreichische Gesandte dagegen habe nichts verlauten lassen, was auf irgend einen ähnlichen Vorbehalt hindeute. Nur habe er in vertraulicher Weise bemerkt, „daß die österreichische Regierung den Ansprüchen der Ultramontanen gegenüber sich nicht mehr auf die nämlichen Garantien berufen könne, welche der zweite Artikel in der ursprünglichen Fassung enthielt; daß sie also sich zu der Bitte geneigt sehe, die Regierung möge in der Ausführung derselben möglichst vorsichtig verfahren, um einer befremdeten Regierung nicht neue Schwierigkeiten zu bereiten.“

Man hat auffällig wahrgenommen, daß im Amtsblatte bis heute weder von der Entlassung des früheren Cabinets noch von der Berufung Minghetti's zur Bildung eines neuen Ministeriums mit einer Silbe Erwähnung geschehen ist. Die „Opinione“ meint, daß sei aus reiner Vergesslichkeit geschehen.

(R. 3.)

Frankreich.

Paris, 5. Juli. [Die Republik als Provisorium.] Am Montag soll der Bericht und der Gesetzentwurf über die Reorganisation der Armee auf den Tisch der National-Versammlung gelegt werden; General Charetton wird beantragen, daß der Entwurf sofort auf die Tagesordnung gesetzt werde. Der Ausschuss für den Bau der Montmartre-Kirche hat heute Keller zum Versteckstatter gewählt. Ein ehrlicher Flügelsprecher war kaum zu finden. Zur Orientierung über die scheinbaren Widersprüche in der Haltung der legitimistischen Blätter macht der „Soir“ darauf aufmerksam, daß die Rechte das Provisorium noch beibehalten wolle, um die Republik abzunutzen, während man gleichzeitig die Möglichkeiten des Provisoriums betone, um die Restauration zu erleichtern; so lange Frankreich noch an der Republik hänge, sei dieselbe in der Schwebe zu halten, bis das Land ungebüldig werde und sich der Monarchie in die Arme werfe. Die „Union“ ist nun aber über Broglie und Beulé sehr ungehalten, daß sie lautet: „Kraft die Haut gewisser Conservativen und ihr werdet den Orléanisten zum Vorschein kommen sehen!“ ruft das clerical-legitimistische Organ entrüstet. Zutreffender ist jedenfalls der Vorwurf des „Soir“ gegen das Cabinet Broglie: „Man entlehnt dem Kaiserthum sein Personal, man entlehnt dem Kaiserthum auch seine Regierung-Maßnahmen. . . . Das Ministerium ist fortan in eine Bahn eingefahren, wo die Reaction freies Spiel hat, wo die politische Leidenschaft die Rathsägen der Vernunft wie den Schrei der öffentlichen Meinung in den Wind schlägt.“

[Opposition gegen den Präfekten Ducros.] Der „Progrès de Lyon“ schreibt: „Die Regierung, obgleich entschlossen, dem Rhône-Präfekten trotz Allem in der Civilbeerdigungsfrage zu unterstützen, ist doch durch die von allen Seiten gegen die Herrn Ducros vorgebrachten angeblichen Thatsachen erfolgten Verhöhnungen erschüttert worden. Sie wunderte sich, daß der General Bourbaki, die Herren Pascal, Cantonnet, Brunel und das Parquet solche Handlungen begehen ließen, mit denen Herr Ducros seine Correspondenz gespielt hatte. Sie verlangte Berichte vom General Bourbaki und dem Staatsanwalt; diese sind zu ehrlich, um nicht die Wahrheit zu sagen, deshalb sind ihre Berichte auch in vollständigem Widerspruch mit denjenigen des Rhône-Präfekten, der sich für seine Erzählungen, die wir uns begnügen, phantastisch zu nennen, zu verantworten haben wird.“ Das „Journal de Lyon“ bestätigt diese Nachricht. „Orde“ spricht von einer Billsschrift von 29 Municipalitäten, in welcher sich diese Räthe nicht mehr für die Ruhe, welche in einer großen Stadt, wie Lyon, herrschen muß, verantwortlich betrachten, so lange an ihrer Spitze der Präfekt Ducros erhalten bleibt.

[Die Clericalen] lassen jetzt in Paris durch hochgestellte Damen in ihrem Interesse wirken. Dieselben begeben sich nämlich zu den Frauen der kleinen Bürger oder Arbeiter, die ihnen bekannt sind, um sie durch die Drohung, daß sie ihnen ihre Arbeit entziehen werden, dazu zu bestimmen, sich schriftlich zu verpflichten, daß sie jeden Sonntag und Festtag in die Kirche gehen und jedes Jahr zum wenigsten einmal beichten, daß sie allen ihren Einfluß ausüben, um ihre Männer dahin zu bringen, ihren religiösen Pflichten nachzukommen, und daß sie nur noch katholische Dienstboten nehmen und diese zur Erfüllung ihrer zitiösen Pflichten anhalten.

Spanien.

Madrid, 2. Juli. [Die neuen Minister.] Die „Correspondance universelle“ gibt einige Notizen über die neuen spanischen Minister. Maisonneuve, der Minister des Auswärtigen, ist ein junger Advokat, der Sohn einer Kaufmannsfamilie in Alicante, ein Schüler und Protegé Castelar's. Der Justizminister Gil Berges aus Saragossa gilt als bemerkenswerther Redner und gehört der conservativen Richtung in der republikanischen Partei an. Gonzales, ehemals ein Anhänger Prim's, hatte sich als Capitán der Provinziales de Vizcaya nach Portugal flüchten müssen. Nachher war er Gouverneur von Saragossa. Costales, ein Arzt, der das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernahm, bezeichnete sich als Politiker bisher nur in den Clubs. Suner ist wahrscheinlich der jüngere der Brüder Suner, welche beide Medicina sind. Den Verfasser der atheistischen Schrift „Gott“ auf einen Ministerstuhl zu setzen, wird man in dem katholischen Lande kaum gewagt haben. Garbajal, der Finanzminister, welchem von allen das schwierigste Amt gegeben wurde, gilt als ein Mann von Talent und Bildung, dem Finanzsache jedoch soll er bis jetzt völlig fern gestanden haben.

[Über die Krise in Madrid] telegraphirt der vorstige Special-Berichterstatter der „Times“ unterm 2. d. Folgendes: „Obwohl der Austritt der Universitätslehrer aus den Cortes gestern die Abstimmung über den Gesetzentwurf, welcher die Regierung zur Suspension der konstitutionellen Garantien ermächtigt, vereitelte, erhielt diese Maßregel heute durch acht Stimmen über die gesetzlich erforderliche Zahl definitive Gesetzeskrise. Der Austritt der universitätslichen Deputirten hat nur die Hände der Regierung gestärkt, deren entschlossene Haltung ihr die Achtung der großen neutralen Klasse gesichert hat, die sich mehr

um die öffentliche Ordnung als um die Politik kümmert, und welche befürchtete, daß die Regierung im letzten Augenblick, wie bei früheren Gelegenheiten, nachgeben dürfte. Madrid ist folglich ruhiger. Nicht destoweniger ist hinsichtlich der intensiven Bitterkeit des Gefühls, das zwischen den zwei feindlichen Parteien vorhanden ist, und der vorherrschenden Aufregung eine Collision jeden Augenblick möglich, aber die Wahrscheinlichkeit einer solchen Gefahr wird sich mit der zunehmenden Stärke der Regierung vermindern. Sollten die austretenden Deputirten ihre Drohung, Rebellion in ihren resp. Provinzen zu erregen, ausführen, so mögen sie allerding Unheil anrichten, aber man glaubt, sie werden bald nach den Cortes zurückkehren.“

[Der berüchtigte Carlensführer Santa Cruz] scheint, wie nachstehender Vorfall beweist, nicht weniger liebenswürdig gegen seine eigene Partei als gegen irgend welche ungünstigen Republikaner, die ihm in dem Gebiete unter seiner Herrschaft in den Weg kommen, zu sein. Señor Arjona, der Secretär des Don Carlos, starb vor einigen Tagen in Madrid an den Wunden, die er in dem Kampfe gegen die Regierungstruppen erhalten hatte. Seine Tochter, die Ehefrau des Prinzen Margarete, Gemahlin des spanischen Präsidenten, ist, eilte nach Madrid an das Sterbebett ihres Vaters. Aber ehe sie Villafanca erreichte, wurde der Wagen, der sie nach Vitoria befördern sollte, wo sie den Zug zu erreichen hoffte, von Santa Cruz aufgehalten, der befahl, den Kutschern zu ericken und den Wagen zu verbrennen. Fr. Arjona nannte ihren Namen und beschwörte den Priester, sie ihres Weges ziehen zu lassen, um ihren Vater noch lebend anzutreffen. „Ich leane Sie wohl — erwiderte Santa Cruz — aber ich habe Befehle ertheilt, die ich zuerst achtet muss, und wenn Don Carlos selber versuchen sollte, das Land zu passiren, wie Sie, würde ich seinen Wagen verbrennen.“ Bitten waren vergebens; der Wagen wurde verbrannt; der Kutscher entkam glücklich. Fr. Arjona fand Mittel, ihre Reise fortzusetzen, aber als sie in Madrid ankam, war ihr Vater schon zwei Stunden tot.

[In Barcelona] traf am 3. Juli die amtliche Nachricht ein, daß General Cabanets die Bande des Carlensführers Saballs bei Lorreda in die Flucht schlug. In ihrer letzten Niederlage bei Prats-de-Blasanis blieben die Carlens über 100 Mann ein.

[Das spanische Deficit.] Wie der Madrider Correspondent der „Daily News“ unterm 4. d. M. telegraphirt, gedenkt der Director des Schatzamtes — der in einigen Tagen die Reise nach London antritt — das Deficit im Betrage von 22 Millionen Lstr. durch den Verlauf des Nationalgebiets, dessen Wert auf 33 Millionen geschätzt wird, zu decken. „Es ist nicht richtig“, — fügt der Correspondent hinzu, — „daß der Verkauf der Alhambra mit inbegriffen ist, aber gegen den Verkauf eines gewissen Theiles des Nationalgebiets wird, wie ich glaube, das Publikum Einsprache erheben.“

Großbritannien.

A. A. C. London, 5. Juli. [Parlament.] Im Oberhause beantragte in geheimer Sitzung Lord Redesdale den Erlass einer Adresse an die Königin, worin dieselben angegangen werden soll, „den Lordkanzler, die zwei Oberrichter und den Präsidenten (Chief Baron) des Schatzamtes zu lebenslangen Pair zu ernennen.“ Er machte darauf aufmerksam, daß das, was er befürworte, d. i. die Errichtung von offiziellen lebenslangen Pairwürden, kein neues Prinzip sei, denn von der frühesten Zeit an sei die Kirche im Hause der Lords repräsentirt gewesen, und er sähe keinen Grund, warum nicht auch der Richterstand darin seine Vertretung haben sollte. Er versprach sich von der Ausdehnung des Prinzip's viele Vortheile, und glaubte nicht, daß die Einführung dieser Richter in das Haus sie sonstigen Pflichten beeinträchtigen würde. Der Antrag stand indeß nicht die Gunst des Hauses, und mehrere seiner herborigendsten Mitglieder, wie Lord Granville, der Marquis Salisbury, Lord Malmesbury, Lord Cairns und der Lordkanzler machten ihre Bedenken gegen denselben geltend. Die Debatte wurde schließlich fallen gelassen, ohne daß es zu einer Entscheidung über den Antrag kam.

Das Unterhauß hielt gestern zwei Sitzungen. In der Vormittagsitzung begannen die Verhandlungen mit einer Interpellation bezüglich des Handelsvertrages mit Frankreich. Miall erkundigte sich, ob, wenn der am 5. November 1872 unterzeichnete Handelsvertrag mit Frankreich nicht ratifiziert werde, Ihrer Majestät Regierung einen permanenten „beständigen“ Nation-Artikel augieren würde, der den Stand der Ungewissheit, der gegenwärtig betreffs der Zukunft unserer Handelsbeziehungen mit Frankreich verhindern würde, und ob Ihrer Majestät Regierung die Einführung solcher Verbesserungen in der französischen Zollverwaltung mit Bezug auf Expertise und Classification von Gütern, wie solche in Paris zwischen den von ihren resp. Regierungen ernannten Commissären vereinbart wurden, augieren würde. Lord Enfield erwiederte: „Der Vertrag vom 5. November wurde nach dem jüngsten Regierungswechsel dem Conseil Supérieur du Commerce del Agriculture et del Industrie überwiesen, und bevor nicht der Conseil seinen Bericht erstattet, der in Kürzem erwartet wird, können keine formellen Unterhandlungen darüber eingeleitet werden, aber die zwei Regierungen tauschen unoffizielle Mitteilungen aus, die hoffentlich die Errichtung eines für beide Länder beständigen Vereinbaumes erleichtern dürfen. Es würde voreilig sein, Erklärungen über die Natur dieser Mitteilungen abzugeben, aber das Haus mag sich versichern halten, daß Ihrer Majestät Botschafter in Paris, der volle Instructionen für seine Reichskanzler bestellt und der die Unterhandlungen führen wird, die Interessen des britischen Handels sorgfältig überwachen wird.“ Lord Enfield erwähnte auch in Erwiderung auf eine Interpellation A. Johnston's, dem auswärtigen Amte seien weder offiziell noch anderweitig Nachrichten über Ausbrüche von moslemitischem Fanatismus in Bosnien zugegangen und die letzte Depesche des britischen Consuls in Bosnien-Serai erwähnte keines solchen Zustandes.

Demnächst setzte das Haus die Specialdebatte über den Gesetzentwurf zur Errichtung eines obersten Gerichtshofes fort und förderte dieselben bis zum § 24.

In der Abendsitzung lenkte Blunt (Dubliner Universität) die Aufmerksamkeit auf die Lage der irischen Staatsbeamten. Eine Königl. Commission hatte unlängst die gegenwärtigen Gehälter derselben hinsichtlich der allgemeinen Theuerung und im Verhältnisse zu den Gehältern, welche dieselben Beamten in England beziehen, für unzureichend befunden, und mit Bezug darauf stellte Blunt den Antrag, den Vorschlägen der Commission zur Abbildung dieser Ungleichheit stattzugeben. Der Schatzkanzler, der sich weigerte, die Frage als eine irische Belange zu behandeln, bestritt die Gründe, mit welchen Blunt seinen Antrag motivirte. Die Regierung könnte unmöglich die Gehälter auf den Preis der Lebensmittel basiren oder dieselben in allen Departements auf gleiden Fuß stellen, aber die Regierung sei willens, über die verschiedenen öffentlichen Aemter in Irland Erkundigungen einzuziehen, und sie hoffe durch bessere Organisation und Verminderung der Beamten die Lage der Staatsbeamten in Irland zu bestimmen. Der Antrag fand warme Unterstützung, namentlich von Seiten O'ways, der daran erinnerte daß in Deutschland und Belgien die Beamtengehälter in Folge der hohen Preise der Lebensbedürfnisse um 25 Prozent erhöht worden seien. Gladstone bekämpfte den Antrag mit denselben Argumenten wie der Schatzkanzler, aber nach weiterer Diskussion gelangte derselbe mit 130 gegen 117 Stimmen, oder mit einer Majorität von 13 gegen das Ministerium zur Annahme, ein Resultat, das von der Opposition mit lautem Jubel gefeiert wurde.

[Die officielle „London Gazette“] enthält einen vom 28. Juni datirten Erlass des geheimen Rates, welcher die Annexion der Prince-Edmund-Insel mit dem Dominion von Canada promulgirt.

[Kabel.] Ein Telegramm vom „Great Eastern“ meldet die um Mitternacht am 3. d. glücklich bewerstellige Legung des neuen atlantischen Kabels.

sprungen) wirkten so überwältigend, daß Kamele und Pferde in Masse fielen und die Massenchaften kaum mehr von der Stelle kamen.

A s t r i e n.

Indien. [Bauernaufstand.] In Indien ist ein Bauernaufstand ausgebrochen. Ein Telegramm der „Times“ aus Calcutta vom 4. d. meldet darüber Folgendes: „Die Bauernschaft im Distrikt Putna, eine Erhöhung ihrer Pachten befürchtend, vereinigte sich, um ihre Pachtgelder zurückzuhalten. Sie erklärte, dieselben nur der Obrigkeit zahlen zu wollen. Sie plünderte und verbrannte einige Häuser. Es gab zwei Banden, die sich bei der Ankunft der Behörden zerstreuten. Der Gouverneur entsandte Polizei und ließ die Pächter warnen, ihre legalen Gebühren zu zahlen. Die Gutsherren der Bauern sind hauptsächlich Mohammedaner. Es sind die Hindus und nicht die Feroze, welche sich an dem Aufstand beteiligt haben.“

Japan. [Brand des Kaiserlichen Palastes.] Ueber dieses Ereignis erhält die Wiener „Tagesp.“ einen ausführlicheren Bericht. Der Brand war am 5. Mai früh um 3 Uhr ausgebrochen. Der Kaiser selbst soll das Feuer zuerst bemerkt und Alarm geschlagen haben. Da der Palast, der allein ein ganzes Stadtviertel ausmachte, auf einer Anhöhe lag, so konnte man den Brand von allen Seiten beobachten. Die gesammte Garnison wurde unter die Waffen gerufen und marschierte nach der brennenden Burg. Trotz aller Bemühungen der Löschmannschaften gelang es nicht, das Feuer, Herr zu werden, dasselbe ließ erst nach, als der ganze Palast niedergebrannt war. Der Mikado schlug vorherhanden seine Residenz in der Wohnung der Kaiserin-Mutter auf. Ueber den Ursprung des Brandes gehen verschiedene Vermutungen; unter anderen nimmt man auch eine absichtliche Brandlegung an und zwar von Seite jener Partei, welche mit der reformatorischen Politik des gegenwärtigen Kaisers unzufrieden ist. Der kaiserliche Palast soll unverfüglich wieder aufgebaut werden und zwar nach europäischen Modellen.

A f r i k a.

[Der Firman], welchen der Padischah an den Khedive über die Erbfolge- und Regierungsortnung in Egypten, sowie über die Privilegien der Khedive erlassen hat, lautet nach dem „Nord“, unter Hinweglassung der Eingangsformel, wie folgt:

„Wir thun hierdurch kund, daß Wir Deine Bitte in Erwägung gezogen und beschlossen haben, in einem einzigen Firman alle Firmans und Habsoumpon zusammenzufassen, die seit Erlass jenes Firman, welcher Deinem Vorfahr Mehmed Ali die erblieche Thronfolge in Egypten verlieh, an die Khedives von Egypten gesichtet wurden, sei es um den Successionsmodus abzuändern, sei es um Egypten neue, mit den Sitten der Einwohner, mit dem Charakter und der Natur des Landes harmonirende Privilegien und Immunitäten zu bewilligen. Es ist Unser Wille, daß der gegenwärtige Firman mit allen erforderlichen Modifikationen und Erklärungen, die er enthält, sowie mit den Grundsätzen und Regeln, die er aufstellt, für alle Zeit in Geltung und Ausehen verbleibe, auch in Zukunft die anderen kaiserlichen Firmane ersetze, und zwar wie folgt:

Die durch Unsern kaiserlichen Firman d. a. 2. Rabioul-Ewe-1257 für Egypten festgestellte Thronfolge-Ordnung ist in der Weise geändert worden, daß die egyptische Khedivenwürde auf Deinen ältesten Sohn übergeht, von diesem auf seinen ältesten Sohn und so weiter für alle Nachfolgenden, d. h. daß die Succession nach dem Rechte der Primogenitur erfolge, im Interesse einer guten Verwaltung Egyptens und des Wohles seiner Bevölkerung.

Da Ich mich des Ferneren überzeugt habe, mit welcher Sorgsamkeit Du um Egypten bemüht bist, und welche Anstrengungen Du machst, die Prosperität des Landes zu fördern, dessen Größe und Wichtigkeit Meinem Auge offenbar ist, wie auch die Treue und Ergebenheit, wodurch Du Mir stets Beweise gegeben hast, habe Ich Dir Meine Kunst und Mein Vertrauen zugewendet und, um Dir einen unverkennbaren Beweis davon zu liefern, seze Ich hiermit für die Thronfolgeordnung in Egypten als Regel fest, daß die Regierung in Egypten und seinen Dependenzen, ferner das Kaimatamat von Souatin und Massawa sammt ihren Dependenzen obiger Bestimmung gemäß auf Deinen ältesten Sohn übergehe und nach ihm, kraft des Rechts der Primogenitur, auf die ältesten Söhne derer, welche Khediven sein werden. Im Falle eines künftigen Khedive keine männliche Nachkommen hinterlassen sollte, geht die Khedivenwürde auf den ältesten seiner nachgeborenen Brüder über, und sollte auch ein solcher nicht vorhanden sein, auf den ältesten Sohn seines nachgeborenen Bruders. Diese Regel soll als definitive Richtschnur gelten. Auf männliche Kinder in der weiblichen Descendenz findet sie keine Anwendung.

Um die Sicherheit dieser Successionsordnung nach Kräften zu verbürgen, wird die Regierung, welche das Land während der Minderjährigkeit eines Herrschers zu verwalten hat, in folgender Weise geregelt: Wenn beim Ableben des Khedive sein ältester Sohn minoren ist, d. h. weniger als acht Jahre zählt, so ist er, obgleich minoren, nichtdestoweniger Khedive kraft seines Successionsrechtes und sein Firman soll unverfüglich ausgefertigt werden. Wenn der verstorbene Khedive bei Lebzeiten Regierungsbestimmungen in einem Document getroffen hat, welches durch zwei hohe Staatsbeamte als Zeugen des Actes contrastiert sein muß, so sollen der Regent und die Regierungsmittel, welche als solche bezeichnet sind, sofort die Leitung der Regierungsgeschäfte in die Hand nehmen und Meine hohen Pforte davon in Kenntniß setzen, um Meine kaiserliche Regierung wird den Regenten und die Regierungsmittel für die Dauer ihres Amtes bestätigen. Die Regierung soll aus denjenigen Beamten gebildet werden, welche an der Spitze der Ressorts des Finans, des Krieges, der Finanzen, der auswärtigen Angelegenheiten, des Justizrats, der Armee und der General-Inspektion stehen. Bei Ernennung des Regenten sollen sie folgendes Verfahren beobachten:

Die genannten Verwaltungs-Chefs wählen den Regenten aus ihrer Mitte. Die Wahl kann auf Einstimmigkeit oder auf Stimmenmehrheit beruhen. Falls die Stimmen sich auf zwei Candidaten gleichmäßig verteilen, so soll derjenige, welcher das wichtigste Amt bekleidet, und zwar mit dem Ressort des Innern angesanger zum Regenten gewählt werden, während die übrigen Mitglieder den Regierungsrath bilden. Sie übernehmen die Leitung der Regierungsgeschäfte und machen Meine hohen Pforte davon Mittheilung, welche sie in ihren Funktionen bestätigen wird. Keinenfalls aber darf eine Personalveränderung vorgenommen werden, mögen nun der Regent und die Mitglieder des Regierungsrathes vom Khedive bei seinen Lebzeiten eingesetzt oder die Regierungsmittel durch Wahl konstituiert worden sein. Wenn eines der Regierungsmittel mit Tode abgeht, so sollen die Überlebenden eine Neuwahl vornehmen und einen anderen egyptischen Beamten in seine Stelle ernennen. Stirbt der Regent selber, so wählen die Mitglieder des Regierungsrathes seinen Nachfolger aus ihrer Mitte und in die Stellung, welche der neuwählte Regent im Regierungsrath einnahm, einen anderen egyptischen Beamten als Stellvertreter. Sobald der minoren Khedive das Alter von 18 Jahren erreicht hat, wird er als maiorum angesehen und ergreift selber die Bügel der Regierung.

Ich lege den höchsten Wert auf die Prosperität Egyptens, auf das Wohlwollen, die Ruhe und die Sicherheit seiner Bevölkerung und, da dies Dinge sind, welche von der civilen und finanziellen Verwaltung, wie von der Förderung der materiellen und anderweitigen Landesinteressen abhängen, so zählen Wir im Nachfolgenden alle Privilegien, mit ihren Abänderungen und Erklärungen, auf, welche Meine kaiserliche Regierung, sei es vor längerer oder kürzerer Frist, der egyptischen Regierung zugestanden hat, damit sie für immer im Besitz der Khedives und ihrer Nachfolger verbleiben.

Die civile und finanzielle Verwaltung des Landes und alle seine materiellen wie sonstigen Interessen in jeder hinsicht ressortieren von der ägyptischen Regierung und sind ihr übertraut; und da die Verwaltung, die Ordnung im Lande, die Entwicklung des Reichthums und der Prosperität der Bevölkerung durch die Harmonie der Verhältnisse, durch den Charakter und die Sitten der Einwohner bedingt werden, so wird der Khedive von Egypten ermächtigt, so oft er es für nötig hält, diesbezügliche Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Er wird gleichfalls ermächtigt, unbeschadet der Staatsverträge meiner hohen Pforte mit den Agenten der fremden Mächte Conventionen abzuschließen sowohl was Zölle und Handelsvertrag, als auch die übrigen Beziehungen zu den Ausländern und alle inneren und sonstigen Landesangelegenheiten betrifft und zwar zu dem Behuf, Handel und Industrie zu entwickeln, wie auch das Verhältniß in den Ausländern, ihre Situation und alle ihre Beziehungen zu der Regierung und der Bevölkerung zu regeln.

Dem Khedive steht die volle und uneingeschränkte Leitung der Finanzangelegenheiten des Landes zu. Er besitzt das Recht, aus eigener Machtvolkommene Namens der egyptischen Regierung Anleihen jeder Art im Auslande zu neozieren, so oft er es für nötig hält.

Da die erste und wesentliche Pflicht des Khedive in dem Schutz und der Vertheidigung des Landes besteht, so hat er das unbedingte Recht, alle Schutz- und Vertheidigungsmaßregeln und Anstalten zu treffen je nach

der Anforderung der Zeit und des Ortes, und je nach Bedürfnis, ohne an irgend welche Grenze gebunden zu sein, die Zahl Meiner kaiserlichen Truppen in Capri zu vermehren oder zu verringern.

Dem Khedive verbleibt das Vorrecht, militärische Rangerübungen bis zum Grade eines Obersten und civile Rangerübungen bis zum Grade eines Rauthe Sanie vorzunehmen.

Die in Egypten geprägten Münzen sollen in Meinem kaiserlichen Namen geprägt werden, die Fahnen der Land- und Seetruppen sollen die nämlichen sein wie bei Meinen anderen Truppen, und den Bau von Kriegsfahrzeugen anlangen, soll nur zu Panzerschiffen die Einholung Meiner Genehmigung erforderlich sein.

Auf Meinen kaiserlichen Befehl lasse ich Dir diesen, die oben angeführten Dispositionen enthaltenden erlauchten Firman, zu Eingang mit Meinem kaiserlichen Wappen geschmückt, durch Meinen kaiserlichen Diwan ausfertigen. Dieser Firman enthält und verfüllt die gleiche Abänderung und Erklärung, alle Firman und kaiserlichen Habs, welche bis zum gegenwärtigen Augenblick an die egyptische Regierung gerichtet worden sind, sei es um die Thronfolge-Ordnung und nötigenfalls die Regierungsortnungsbestimmungen festzuhalten, sei es um die civile, militärische und finanzielle Verwaltung, sowie die materiellen und anderweitigen Landes-Interessen zu regeln. In Gewissheit Meines kaiserlichen Willens sollen die in diesem Firman enthaltenen Vorschriften und Prinzipien für immer und ewig Geltung besitzen in Vertretung und an Stelle aller in Meinen früheren Firman getroffenen Bestimmungen. Du aber wirst, in Gemäßheit Deines aufrichtigen und mutvollen Charakters, sowie Deiner Vertrautheit mit den Zuständen Egyptens, die Stipulationen dieses Firman getreulich zur Ausführung bringen und Alles aufstellen, das Land gut zu verwalten, damit die Ruhe der Bevölkerung auf alle mögliche Weise gesichert und zugleich Meine Kunst und kaiserliche Gunstigung zu Dir offenbar werde. Mit aller Sorgfalt sollst Du darüber wachen, daß der ausgemachte Tribut von jährlich 50,000 Beuteln ohne Säumen und in einer Zahlung Meinem kaiserlichen Schatz zustieße.“

A m e r i k a.

New-York, 21. Junt. [Die Sache der Frauenrechte] hat durch eine vom Richter Hunt in Rochester getroffene Entscheidung einen harten Schlag erlitten. Fräulein Susan B. Anthony, welche auch außerhalb der Vereinigten Staaten durch ihre Agitationen zu Gunsten der Frauenrechte bekannt ist, hatte November v. J. sowohl bei der Präsidenten- wie auch bei den Staatswahlen gestimmt; wie nicht anders zu erwarten, wurde ihr Votum für illegal erklärt und gegen sie selbst wegen dieses Vergehens eine Anklage erhoben. Der Prozeß hat nicht verfehlt, in weiteren Kreisen Aufsehen zu erregen. Die Thaten des „Criminal Falles“ wurden von der „Verbrecherin“ keineswegs in Abrede gestellt, die sich derselben vielmehr als einer heldenhafte Rettung schrieb. Ihr Vertheidiger versuchte die Unschuld seiner Clientin nachzuweisen und ihr constitutionelles Recht des Votums zu begründen. Der Richter war jedoch anderer Ansicht und verurteilte die Dame zu einer Strafe von 100 Dollars und Tragung der Prozeßkosten. Er basirte seine Entscheidung darauf, daß das vierzehnte Amendment zur Constitution der Vereinigten Staaten die Frauen nicht zum Stimmen berechtige, ebenso wenig wie solches von der Verfassung des Staates New-York garantirt sei. Fräulein Anthony erwiderte, daß in ihrem Prozeß jedes Prinzip der Gerechtigkeit verlegt worden sei und daß sie in ihren Bestrebungen, ihrem Geschlechte dieselben Rechte, wie den Männern zu verschaffen, unermüdlich fortfahren werde. Die Entscheidung des Richters findet allgemeine Billigung, um so mehr, als die Elemente, welche sich während der letzten Jahre hier zu Lande der Agitation der Frauenrechte bemächtigt haben, größtentheils so unsauberer Natur sind, daß eine glückliche Lösung dieser schwierigen Frage erst erfolgen kann, wenn die jetzigen Leiter gänzlich in den Hintergrund getreten sind. (N.-Y. Handels-Ztg.)

[Einwanderung.] Den neuesten Ausweisen zufolge sind in dem Zeitraume vom 1. Januar bis zum 1. Juni d. J. 141,856 Personen in New-York eingewandert.

Um den Durchgang der Venus durch die Sonne (eigentlich eine Sonnenfinsternis), veranlaßt durch Passirung der Venus vor dem Sonnenkörper zu beobachten, sollen von amerikanischer Seite vier Expeditionen abgesandt werden. Eine jede dieser Expeditionen soll aus sechs Personen bestehen, und sollen sich dieselben nach Hubertsburg, Van Diemens Land, nach Perugians Land im südlichen Ostindien Meer, nach Vladivostow an der russisch-asiatischen Küste, und nach einer Insel in der Nähe von Australien begeben. Am 18. Juni waren Professor Henry vom Smithsonian-Institut, Admiral Sand und Professor Newcomb von der Marine-Sternwarte in Marine-Ministerium in Washington versammelt, um vorläufig die Details der Arrangemente für diese Expedition zu besprechen. Die Regierung wird wahrscheinlich ein Kriegsschiff zur Ausführung derselben zur Disposition stellen.

[Der meikitische Kongress] hat folgendes Gesetz angenommen: „Art. 1. Kirche und Staat sind unabhängig von einander. Der Kongress kann keine Gesetze erlassen, welche irgend eine Religion aufzustellen oder untersagen. Art. 2. Die Ehe ist ein bürgerlicher Vertrag; dieser Vertrag und die übrigen Handlungen des bürgerlichen Lebens, die sich auf den Personenstand beziehen, stehen ausschließlich in der Kompetenz der öffentlichen Beamten und Behörden des Civilstandes, in den von den Gesetzen vorgeschriebenen Formen. Art. 3. Die religiösen Gesellschaften können kein Grundeigentum besitzen. Art. 4. Alle Bewohner der Republik werden von religiösen Gründen frei erklärt.“ Der erste Artikel dieses Gesetzes wurde mit Einstimmigkeit, der übrige Theil mit sehr großer Mehrheit (in dem ungünstigsten Falle mit 106 gegen 17 Stimmen) angenommen.

[Aus Boliviens.] Mat. Nach den heißen Tagen einer leidenschaftlichen Aufregung, in denen Bürgerblut geflossen und eine reiche Saat bitterer Feindschaft ausgestreut ist, die nur zu bald verderbenbringen empfohlen wird, sind am 7. Mat. in der Volksvertretung zu La Paz die entschieden Würfel gefallen: Adolf Ballivan, Sohn des im Jahre 1847 gestürzten Präsidenten Ballivan, ist zum Staatsoberhäupt von den Landboten mit 41 gegen 19 Stimmen erhoben worden. Unter den Bewerbern um die höchste Würde in seinem Vaterlande gilt Ballivan entschieden für den höchsten und ehrenhaftesten; trotz langer Jahre einer harten Verbannung, die auf seiner Familie lasteten und nur durch kurze Besuche in Bolivien unterbrochen waren, fies Gegenstand kleinerlicher Eifersucht und ungerechten Missbrauchs; hat er sich den Ruf eines ebenso begabten wie wackeren Mannes zu erhalten gewußt, so daß schon in den letzten Monaten der Regierung des ermordeten Präsidenten Morales von hervorragender Seite ermunternde Worte an ihn gerichtet wurden, in die Bewerbung um die Präsidentschaft einzutreten. Ballivan, damals in London, sagte zu und wurde Parteihaupt des besten Theiles der Bürgerlichkeit und des Heeres, während von unbedeutenderen Präsidenten abgesehen, sein Hauptgegner Casimir Corral die vorzüglichste Stütze in dem mit Chileischen Gelde gewonnenen niederen Volke und besonders den eingeborenen Indianern fand. In den heissen Wahlslächen, die, wie in allen südamerikanischen Republiken, auch in Bolivien niemals ohne Mord und Todtschlag vorübergehen, hielten beide Männer sich das Gleichgewicht, so daß dem Kongresse die Entscheidung anheimfiel. Um den Eifer ihrer Anhänger anzuspornen und ihre Kraftentfaltung zu beleben, hielten sie ihren feierlich höchst gesuchvollen Einzug in die Hauptstadt, wechselten lange, von Pflichtreue und Vaterlandsleid überwundene Briefe und verkündeten als lohale Bürger ihren festen Entschluß, den höchsten Willen der Nation unweigerlich zu respectiren.

Am 28. April eröffnete der provisorische Präsident Dr. Esteban den Kongress. Nachdem man die Regierungsperiode des neuen Präsidenten im Einklange mit der Verfassung als vom Mai 1873 bis August 1877 während abgegrenzt hatte, schritt der Kongress in der Zeit vom 2. bis 6. Mat zur Prüfung der abgegebenen Stimmen, deren erstes Resultat für Ballivan 31., für Corral 20, für den General Quevedo 6,

für Daza 1, und Blancos 2 ließerte. Im zweiten Wahlgange verlor Corral eine Silbene an Ballivan, dem sich auch die neun anderen, an Quevedo, Daza und Blancos zerstreuten, zuwandten, so daß er nunmehr mit der von der Verfassung geforderten Zweidrittel-Majorität aus der Wahlurne hervorging und seinen Gegner glänzend aus dem Felde schlug. Als die Nachricht sich in La Paz verbreitete — es war gegen drei Uhr Nachmittags am 6. Mat —, legte die Stadt sogleich ihr Festgewand an. Zwei Tage später um 12 Uhr bot die Stadt wiederum denselben festlichen Anblick dar, die häuter prangten im Flaggenschmuck, die in La Paz legenden Bataillone formierten ein langes Spalier zum Congresspalast, in den Straßen wogten unter begeisterten Rufen die Märsche und begrüßten den Neuwählten, der mit stattlichem Erfolge dahinschritt, um die Investitur zu empfangen. Im Sitzungssaale hatte seiner Dr. Esteban, eine würdige Greisengestalt, und legte die breite Schärpe mit den Landessfarben, das Abzeichen der höchsten Würde, in die Hände des Kammer-Präsidenten nieder, und dieser wiederum schmückte unter tiefen, ehrerbietigen Schweigen der Anwesenden mit ihr die Brust des neuen Lenkers der Republik. Als des Festjubel vertraut und die Leitung der Geschäfte in die Hände des neuen Präsidenten übergegangen war, reichte das Ministerium seines Vorgängers ein Entlassungsgesuch ein, dem sofort willfahrt wurde. Zugleich veröffentlichte Corral ein längeres Schreiben an die Regierung, worin er, nach Aufzählung seiner vielfachen Verdienste um den Staat, der Welt zu wissen thut, daß er sich vom öffentlichen Leben fortan zurückziehen und sich einzig und allein seiner Familie widmen wolle. (K. 3.)

Provinzial-Beitung.

Breslau, 8. Juli. [Ertrunken.] Gestern gegen Abend beschäftigte sich der 10 Jahr alte Sohn des auf der Matthiastraße wohnhaften Kaufmann R. auf einem hinter dem Grundstück des letzteren auf der Oder stehenden Schiff mit Angeln, als er auf bis jetzt noch unerklärliche Weise in das Wasser hinabfiel. Von einigen einer Strecke weiter hinauf befindlichen Kanälen, die dies bemerkten hatten, wurde sofort in dem betreffenden Hause Anzeige gemacht und aus der nahe gelegenen Kollenbachischen Schwimm-Anstalt Hilfe requirierte. Nach kurzem Suchen wurde der Verunglückte aufgefunden, doch blieben die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche leider ohn Erfolg.

[Feuergefahr.] In dem Grundstück Alte Taschenstraße Nr. 16 waren in Folge einer mangelhaften Schornstein-Anlage im Hausschlüsse ein Theil des Fußbodens nebst Lagerholz in Brand gerathen. Dem von der Hauptfeuerwache dorfbewohne Commando gelang es jedoch, das Feuer noch vor weiterem Umschreiten zu unterdrücken.

—ch— Oppeln, 7. Juli. [Kunstgenuss.] Am gestrigen Nachmittag war uns der hohe Genuss beschieden, einem Concert des ihmlich bekannten Cornet-Quartetts Sr. Majestät des deutschen Kaisers (bestehend aus den Herren: Königl. Kammer-Musitus Rosler, Ed. Philipp, Senz und Deichen aus Berlin) im Garten zur „Villa Nova“ beizuwohnen. Bei der königlichen Böllerdienst, mit welcher die Concertisten, über jeder Schwierigkeit der Technik stehend, die Vorzüglichkeit ihrer schönen Instrumente für die gelungne Wiedergabe der vorgebrachten Compositionen zur Geltung zu bringen wissen, erläutrigt sich jedes Wort der Kritik; es bleibt lediglich unsere Pflicht, den Herren aufrichtig zu danken, daß sie an unserer Stadt, wie es Künstler meist zu thun pflegen, nicht vorübergegangen sind, und unsere Nachbarstädte, welchen der Vorzug eines solchen Concerts noch zu Theil werden soll, auf den in Aussicht stehenden wahren Kunstgenuss aufmerksam zu machen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juli 7. 8.	Atom. 2 U.	Abend. 10 U.	Morg. 8 U.
Durchdruck bei 0°.	332°/88	333°/36	333°/44
Aufwärm-	+ 21,2	+ 15,9	+ 15,1
Durchdruck	4°/49	5°/87	5°/95
Dunstättigung	39 pCt.	77 pCt.	83 pCt.
Wind	NW. 1	NW. 1	NW. 1
Wetter	wolig.	wolig.	wolig.
Wärme der Oder		7 Uhr Morgens	+ 18,9.

Breslau, 8. Juli. [Wasserstand.] D. P. 15 J. — B. U. P. — J. — B.

Berlin, 7. Juli. Obgleich der heutige Börsentag im Ganzen minder bestreitig als die vorangegangene Tage sich zeigte, so kann er doch keineswegs als ein schlechter bezeichnet werden. Im Allgemeinen war die

22—26—24 Sgr. bez., August—September 20 Thlr. 21—25—18 Sgr. bez., September—October 19 Thlr. 13—8 Sgr. bez., October—November 18 Thlr. 25—23 Sgr. bez., Gefüngt — Litter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr. bez. — Wetter: bewölkt.

Berlin, 7. Juli. [Berliner Viehmarkt.] Es standen zum Verkauf: 2041 Stück Hornvieh, 4431 Stück Schweine, 1216 Stück Rinder, 32,092 Stück Hammel.

Der Auftrieb von Hornvieh war um ein Geringes stärker als vor acht Tagen und das Geschäft auch um ein Weniges besser, da der Begehr für den Export sich nicht sehr rege zeigte; es wurden die dermaligen Preise daher nur mit einiger Mühe erzielt und stellten sich: für erste Ware auf 19 bis 20 Thlr., für zweite auf 15 bis 16 Thlr. und für dritte auf 13 bis 14 Thlr. per 100 Pfund Schlachtgewicht.

Schweine, die sich vor acht Tagen ein Weniges gebessert hatten, erfuhren heute, wohl in Folge des, um ca. 700 Stück größeren Auftriebes wieder einen kleinen Abschlag und kamen nur in seltenen Fällen über 18 Thlr. per 100 Pf. Schlachtgewicht hinaus.

Auch bei Külbären war der Begehr heute weniger rege und ließen sich hier nur Mittelpreise constatiren.

Hammel blieben trotz des stärkeren Auftriebes auf circa 7½ Thlr. per 45 Pf. stehen.

Königsberg, 5. Juli. [Wochenbericht von Crohn u. Bischoff.]

Auch in dieser Woche wechselte trübe und nachhaltige Witterung mit sonniger und warmer ab. In unserer Provinz fanden mehrmals anhaltende Landregen statt, und haben dieselben auf schnelleren und kräftigeren Entwicklung der Saatgut viel beigetragen. Wir hatten am Tage 12—20 Grad, Nachts 7—12 Grad Wärme. Wind: W., SO., NO., N., NW.

An den auswärtigen Märkten machte sich zur Vorwoche eine Abwendung kaum geltend, und ist nur zu bemerken, daß Ungarn die Rübsenernte beendet und schon nach Frankreich und Holland stark exportirt.

Auch an unserem Platz ist das Provinzialgeschäft bei den allseitig gänzlich geräumten Vorräthen fast auf nichts reducirt, nur die russischen sehr belangreichen Zufuhren finden zum Export leichte Verwendung.

Weizen: In keiner Ware fehlt bei regem Begehr jedes Angebot und müssen Restlieferanten sich sämmtlich mit geringerer Ware befriedigen. Bezug 78 pfd. 92 Sgr., 82 pfd. 102 Sgr. Alles pr. 85 Pf.

Roggen wurde in guter schwerer Ware ebenfalls nur wenig offerirt und mußte bei weichender Tendenz defekte Sorten wesentlich billiger abgegeben werden. Bezug 79 pfd. 60 Sgr., 80 pfd. 63—65 Sgr. Alles pr. 80 Pfund.

Gerste mußte sich eine kleine Preisreduktion gefallen lassen, abfallende Sorten schwer verkauflich, bez. große 48—58 Sgr., kleine 45—55 Sgr. pr. 70 Pf.

Hafner in seiner Ware sehr gefragt und mit 30—38 Sgr. pr. 50 Pf. bezahlt.

Spiritus wurde bei ruhigem Geschäft loco mit 20% Thlr., August mit 20% Thlr. bezahlt.

[Waagthalbahn.] Der Verwaltungsrath der Waagthalbahn veröffentlicht folgendes: „Mit Bezug auf die über die Waagthalbahn kursirenden Gesellschaften wir mit, daß, obwohl die Wiener Wechslerbank als eines unserer Finanz-Institute ihre Zahlungen einstellt und wir unter den gegenwärtigen schweren Verhältnissen den Ausbau der Bahn wahrscheinlich momentan sistiren werden — dies weder den Betrieb der Linie Freiburg-Tirnau noch den Anschluß der erwähnten Linie an die Staatsbahn zwischen Ratzendorf und Weinenburg auch nur im Mindesten tangiert. Es wird im Gegenthale der Ausbau der Verbindungsline mit aller Energie betrieben und befugte Verbindung sogar ebensens eröffnet werden können.“

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 7. Juli. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lomb. Wechsel 118%. Pariser do. 92%. Wiener do. 104%. Franzosen*) 356%, Hess. Ludwigsbahn 164%. Böhmisches Westbahn 241%. Lombarden*) 201%. Galizier 238%. Elisabethbahn 338%. Nordwestbahn 219%. Oregon 21%. Creditactien* 241%. Russ. Bodencredit 86%. Russen 1872 93%. Silberrente 65%. Papierrente 61. 1860er Loose 93%. 1864er Loose 153%. Raab-Grazer 78%. Amerikaner 82 96%. Darmst. Bank 402. Deutschösterl. Bank 93%. Proh.-Disconto-Gesellschaft 131. Brüsseler Bank 100%. Berliner Bankverein 113%. Frankf. Bankverein 113%. do. Wechslerbank 78%. Nationalb. 1035. Meininger Bank 125. Schlesische Bank —. Hahn Effectenbank 122%. Continental 107.

Creditactien Ansage fest, geben auf Berliner Berichte nach. Staatsbahn und Lombarden behauptet. Anlagepapiere beliebt. Bahnen anziehend. Bahnen geschäftlos.

Südb. Immobilien-Gesellschaft 115%. Hibernia 109%.

Nach Schluß der Börse: Credit-Acien 222%. Franzosen 356%. Lombarden 202. Silberrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 7. Juli. Abends. [Effecten- & Societät.] Amerikaner 1882 96%. Credit-Acien 243. 1860er Loose 93%. Franzosen —. Lombarden 201, 50. Staatsbahn 356, 25. Silberrente 65, 15. Provinzialdiscont —. Darmstädter Bankactien —. Elisabethbahn —. Meininger —. Hibernia —. Nationalbank —. Deutschösterl. Bank —. Galizier 238. 50 Franz-Josephsbahn —. Hahn'sche Effectenbank 122%. Österreich. Nationalbank —. Papier-Rente gefügt 61, 03. Nordwestbahn 219, 10. Fest.

Dresden, 7. Juli. Nachm. 2 Uhr. Creditactien 138. Lombard. 115. Silberrente 65%. Sächsische Creditib. 88. Sächsische Bank (alte) 146. do. (junge) 139. Leipzig'sche Credit 163. Dresdener Bank 90%. Dresdener Wechslerbank 90. Dresdner Handelsbank 74. Sächsischer Bankverein 80. Destr. Noten 89%. Lauchhammer —. Matt.

Hamburg, 7. Juli. Nachm. [Schluß-Course.] Hamb. Staats-Brior. A. 101%. Österreichische Silber-Rente 66. Credit-Acien 206%. do. 1860er Loose 93. Nordwestb. 488. Franzosen 759%. Raab-Grazer —. Lombarden 430%. Italienische Rente 61. Berg-Märkische —. Cöln-Mindener —. Rh. Eisenbahn-St.-Achten —. Vereinsb. 122%. Hahn —. Laurahütte 173%. Nord. Bank 142%. Commerzbank 103. do. neue. Proh.-Disconto-Bank —. Anglo-Deutsche Bank 84. do. neue 86%. Dän. Lanomb. 100. Dortm. Union 123%. Wien. Unionbank —. 64er Russ. Priorit. A. —. Über Russ. Prior. A. 126. Amerikaner de 1882 92. Disconto 5%. Internationale Bank —. Österreich. Staatsbahn —. — Einzelheiten bei unbedeutendem Umsatz.

Hamburg, 7. Juli. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco still. Weizen auf Termine matt, Roggen auf Termine ruhig. Weizen pr. Juli 126 pfd. pr. 1000 Kilo netto 233 Br., 232 Br., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 231 Br., 230 Br., pr. September-October pr. 1000 Kilo netto 232 Br., 231 Br. — Roggen pr. Juli 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Br., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 161 Br., 160 Br., pr. August-September 1000 Kilo netto 160 Br., 159 Br. — Hafer und Gerste still. Rüb. flau, loco 67, pr. Octbr. pr. 200 Br. 66, pr. Mai 1874 67. — Spiritus fest, pr. Juli 100 Liter 100% 50%, pr. August-September 51, pr. September-October 50%. — Kaffee unverändert, Umsatz gering. — Petroleum still, Standard white loco 15, 00 Br., 14, 90 Br., pr. Juli 14, 80 Br., pr. August-December 15, 50 Br. — Wetter: trocken.

Liverpool, 7. Juli. Bormittags. [Baumwolle.] (Ansangsbericht). Muhammadien Umtaz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 2000 Ballen Peruvianer.

Liverpool, 7. Juli. Nachmitt. [Baumwolle.] (Schlußbericht). Umtaz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Br. Matt.

Middl. Orleans 9%, middl. amerikanische 8%, fair Dhollerah 6%, middl. fair Dhollerah 5%, good middl. Dhollerah 4%, middling Dhollerah 4, fair Dhol 4, fair Broach 6%, new fair Domra 6%, good fair Domra 6%, fair Madras 6%, fair Bernam 10, fair Smyrna 6%, fair Egypton 9%.

Uppland nicht unter good ordinary Juli-Lieferung 8%. Orleans nicht unter low middling 8%.

Glasgow, 7. Juli. [Rohreisen.] Mixed numbers warrants 108 sh.

Antwerpen, 7. Juli. Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht). Weizen ruhig, dänischer 37. Roggen verhältnißig, Odessa 19%. Hafer ruhig, Riga 19%. Gerste stetig.

[Petroleummarkt.] (Schlußbericht). Nassfünftes, Type weiß, loco 38% bez. u. Br., pr. Juli 38% bez., 38% Br., pr. Septbr. 39% Br., pr. October-December 40% bez., 41 Br., pr. September-December 40% Br. — Ruhig.

Amsterdam, 7. Juli. Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht). Weizen geschäftlos pr. October 342, pr. März 1874 342. — Roggen loco flau, pr. October 192%. — Raps pr. October 380 Br. — Rüb. loco 88, pr. Herbst 88%, pr. Mai 1874 39%. — Wette: schön.

Bremen, 7. Juli. Petroleum ruhig, Standard white loco 15 Mar 25 Pf.

Bradford, 7. Juli. [Wolle und Wollwaren.] Für Wolle günstigere Tendenz. Andere Artikel seit, aber unbestet.

Berliner Börse vom 7. Juli 1873.

Wechsel - Course.

	Amsterdam 250 Fr.	10 T.	4½	140½ bz.
do. do.	2 M.	4½	139½ bz.	
Augsburg 100 Fr.	2 M.	5	56,12 G.	
Frankf. M. 100 Fr.	2 M.	5	—	
Leipzig 320 Thlr.	6 T.	6½	99½ G.	
London 1 Lst.	3 M.	6	6,19½ G.	
Paris 300 Frce.	10 T.	5	79½ G.	
Petersburg 1000 R.	3 M.	5	88½ bz.	
Warschau 50 R.	6 T.	5	80½ bz.	
Wien 150 Fl.	8 T.	5	89½ bz.	
do. do.	2 M.	5	88½ bz.	

Fonds und Gold-Course.

	Freiw. Staats-Anleihe	Divid. pro	1871	1872	Zf.
Staats-Anleihe 4½ %	100 1/4	100 1/4	100 1/4	100 1/4	bz.
ditо consolid.	104 bz.G.	104 bz.G.	104 bz.G.	104 bz.G.	
ditо 4½ %	96 bz.	96 bz.	96 bz.	96 bz.	
Staats-Schuldsschein.	88½ bz.	88½ bz.	88½ bz.	88½ bz.	
Präm., Alte 1 v. 1858	126 bz.B.	101 bz.	101 bz.	101 bz.	
Berliner Stadtb.-Oblig.	101 bz.	101 bz.	101 bz.	101 bz.	
Pommersche	100 1/4 bz.	98 1/2 bz.	98 1/2 bz.	98 1/2 bz.	
Schlesische	93 1/2 bz.	93 1/2 bz.	93 1/2 bz.	93 1/2 bz.	
Kur. u. Neumark.	93 1/2 bz.B.	93 1/2 bz.B.	93 1/2 bz.B.	93 1/2 bz.B.	
Pommersche	94 1/2 bz.	93 1/2 bz.	93 1/2 bz.	93 1/2 bz.	
Französische	94 1/2 bz.	93 1/2 bz.	93 1/2 bz.	93 1/2 bz.	
Westfäl. u. Rhein.	96 1/2 bz.	95 1/2 bz.	95 1/2 bz.	95 1/2 bz.	
Sächsische	95 1/2 bz.	95 1/2 bz.	95 1/2 bz.	95 1/2 bz.	
Schlesische Präm.-Anl.	109 G.	109 G.	109 G.	109 G.	
Baiersche 4½ % Anleihe	110½ bz.	109 1/2 bz.	109 1/2 bz.	109 1/2 bz.	
Görlitz-Mind. Prämensch.	92 1/2 bz.G.	92 1/2 bz.G.	92 1/2 bz.G.	92 1/2 bz.G.	

	Louis'dor —	Dollars 1-11 1/4 G.	Soeverain's 6.21 1/4 G.	Frm'd Bkn. 994 1/2 G.	Buss. Bkn. 80 bz.
Napoleons 5.10% bz.	110	108 1/2 G.	108 1/2 G.	108 1/2 G.	
Oriental's 6.15 G.	110	108 1/2 G.	108 1/2 G.	108 1/2 G.	

Hypotheken - Certificate.

	Bünd. Cent. - Bod. Or.	5	100 1/4 bz.	
Unkünd. do.	(1872)	5	102 1/2 bz.	
do. rückba.	110	108 1/2 G.		
do. do.	4½	97 bz.		
Unk. II. do. P. Crd. B.	5	99½ bz.		
do. III. Em. do.	5	99 bz.		
Kindb. Hyp.-				